



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/00803**
Datum: 08.01.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.01.2020 26.02.2020	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	04.06.2020	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	11.06.2020	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	17.06.2020	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.06.2020	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, offiziell und schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden des Vereins „Weinheimer Initiative“, Oberbürgermeister Bernhard (Weinheim), die Aufnahme in die „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“ zu erklären.
2. Der nach der Beitragsordnung der „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“ zu zahlende jährliche Mitgliedsbeitrag für Städte und Landkreise zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Höhe von 6.000 Euro ist durch die Verwaltung sicherzustellen.

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Begründung:

Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative wurde 2007 mit der Unterzeichnung der Weinheimer Erklärung gegründet. Die Weinheimer Initiative besteht aus engagierten Expertinnen und Experten. Kommunen, Unternehmen, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten haben sich auf Anregung der Freudenberg Stiftung zusammengefunden und fordern, dass die öffentliche Verantwortung für Bildung, Ausbildung und Zukunftsperspektiven durch sogenannte Lokale Verantwortungsgemeinschaften und Kommunale Koordinierung wahrgenommen wird. Kern der Initiative ist, dass Jugendprobleme als Schlüsselprobleme der Gesellschaft wahrgenommen werden. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen soll verhindert werden und die lokale Verantwortungsgemeinschaft muss deshalb der Verantwortung für die nachwachsende Generation oberste Priorität einräumen.

Auch in Halle verlässt noch immer ein im Bundesdurchschnitt hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern die Schule ohne Schulabschluss. Trotz steigendem Fachkräftebedarf und unbesetzten Ausbildungs- und Arbeitsstellen gelingt es nach wie vor nicht, allen Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf zu ebnen. Die Ausbildungskrise ist auch in Halle nach wie vor nicht überwunden. Auch in Halle wächst in Teilen eine junge Generation heran, zu deren prägendsten Erfahrungen und Ängsten der Mangel an Ausbildung und beruflicher Perspektive gehört. Die Weinheimer Initiative fordert zurecht die öffentliche Verantwortung für Bildung und zukunftsfähige Ausbildung und Berufsperspektiven ein. Halle sollte Teil dieser Initiative sein, denn sie steht für ein Konzept und die Praxis kommunaler Koordinierung bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt „vor Ort“. Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Konzept und guter Praxis kommunaler Koordinierung ist das Anliegen der Arbeitsgemeinschaft. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet, nicht zuletzt unserer Partnerstadt Karlsruhe, soll unsere Stadt dabei unterstützen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative wäre eine konsequente Fortsetzung und Anknüpfung an die bestehenden Aktivitäten (Netzwerkarbeit zur Sicherung des Schulerfolgs, Schulsozialarbeit usw.), die sich um eine dauerhafte Sicherung gelingender Bildungsbiografien sowie Übergänge junger Menschen von der Schule in die Arbeitswelt und um die fortlaufende Verbesserung lokaler Bildungsqualitäten bemühen.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

10.06.2020

Sitzung des Stadtrates am 24.06.2020

**Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale)
in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative
Vorlagen-Nummer: VII/2020/00803**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss zu vertagen.

Begründung:

Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative unterstützt ausdrücklich das Bekenntnis zur Etablierung lokaler Verantwortungsgemeinschaften und kommunaler Koordinierung am Übergang Schule-Arbeitswelt. Damit wird ein deutliches Signal gesetzt, dass der gelingende Übergang Schule-Beruf einen hohen Stellenwert in der Sozialpolitik der Stadt Halle (Saale) hat.

In der Stadt Halle (Saale) verlässt immer noch ein über den Bundesdurchschnitt liegender Anteil an Schülerinnen und Schülern ohne ausreichenden Schulabschluss die Schule. Ohne diese Schulabschlüsse ist dieser Personenkreis nur eingeschränkt ausbildungsfähig und nur schwer auf dem Arbeitsmarkt integrierbar. Mögliche Folgen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse und lange Phasen der Abhängigkeit von Sozialleistungstransfers. Hier kommunal gegenzusteuern ist eine soziale Investition in die Zukunft der städtischen Sozialstruktur.

Die von der Weinheimer Initiative ausgehende Verbreitung guter Praxis kommunaler Koordinierung ergänzt sinnvoll die Teilnahme an den ESF-geförderten Programmen „Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt“ (RÜMSA), „Schulerfolg sichern“, „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ sowie „Bildung integriert“ in Halle (Saale).

Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet eröffnet die Möglichkeit, neben einem Vergleich mit Großstädten ähnlicher Größe und Struktur, neue fachliche Impulse zu einem gelingenden Übergang Schule-Beruf in der Stadt Halle (Saale), zu setzen.

Die Mitgliedschaft erfordert einen jährlichen Beitrag in Höhe von 6.000,00 €.

Katharina Brederlow
Beigeordnete



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

21.01.2020

Sitzung des Stadtrates am 29.01.2020

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative

Vorlagen-Nummer: VII/2020/00803

TOP: 9.12

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Jugendhilfeausschuss und den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Begründung:

Die Verwaltung unterstützt ausdrücklich das Bekenntnis zur Etablierung lokaler Verantwortungsgemeinschaften und kommunaler Koordinierung am Übergang Schule-Arbeitswelt.

Durch die Teilnahme an den ESF-geförderten Programmen „Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt“ (RÜMSA), „Schulerfolg sichern“, „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ sowie „Bildung integriert“ bestehen in Halle (Saale) bereits kommunale Strukturen, die sich ausschließlich oder in Teilen mit der Koordinierung eines gelingenden Übergangs junger Menschen von der Schule in die Arbeitswelt beschäftigen. Auch im Rahmen dieser Programme findet ein regelmäßiger interkommunaler Austausch auf Fachebene statt.

Inwiefern die Mitgliedschaft an der AG Weinheimer Initiative zu einer Verstetigung des kommunalen Engagements beiträgt, dieses unterstützen kann und weitere fachliche Impulse zu setzen vermag, ist in den Fachausschüssen zu beraten.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister